



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

FRAKTION DER GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2, 90403 NÜRNBERG

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90403 Nürnberg

Sozial

OBERBÜRGERMEISTER	
10. OKT. 2011	
1 Zur Kl's.	3 Zur Stellungnahme
2 z.V.V.	4 Antwort vor Ab- scheidung vorlegen
3 Zur Kl's.	5 Antwort zur Unter- schrift vorlegen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Nürnberg

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Tel: (0911) 231-5091
Fax: (0911) 231-2930
gruene@stadt.nuernberg.de

Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)
U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

Antrag für den Sozialausschuss:

Auswirkungen der „Instrumentenreform“ im SGB II

Nürnberg, 10.10.2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der am 25. Mai 2011 vom Bundeskabinett beschlossene und am 1. Juli 2011 in erster Lesung im Bundestag beratenen Gesetzentwurf zur „Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ soll voraussichtlich zum 1. April 2012 in Kraft treten.

Begleitend zu diesem Gesetzentwurf sieht die Finanzplanung der Bundesregierung bis 2014 vor, dass im Rahmen des Kürzungsprogramms in Höhe von 80 Mrd. Euro allein 18 Mrd. Euro auf die Bundesagentur für Arbeit entfallen. Um diese zu kompensieren erfolgen massive Streichungen bei der Arbeitsmarktpolitik: 2 Mrd. Euro im Jahr 2011; 2,5 Mrd. Euro 2012 sowie danach jährlich 3 Mrd. Euro. Zusätzlich werden der Bundesagentur für Arbeit zur Finanzierung der Kinderleistungen im Rahmen der Hartz-Reform bis zu 4,5 Mrd. Euro jährlich an Einnahmen aus der ihr zustehenden Mehrwertsteuer entzogen.

Das Job-Center Nürnberg kann auf Grund der Bundeskürzungen viele bisher sehr erfolgreiche Projekte nicht mehr unterstützen. Für die betroffenen Menschen kann das bedeuten, dass sie ihre durch SozialpädagogInnen betreuten Arbeitsplätze verlieren, die ihnen und ihren Familien Halt und Struktur geben. Unter anderem hat der „Partitätsche“ darauf hingewiesen, dass Projekte Ihrer Mitgliedsorganisationen wie Mudra e.V., Lillith e.V. und Rampe e.V., die die Integration von Menschen mit Suchterkrankungen fördern, akut gefährdet sind. Die sozialen Probleme in der Stadt werden dadurch weiter verschärft.

Die Kürzungen werden massive Auswirkungen auf die soziale Landschaft in Nürnberg haben. Betroffen sind dabei vor allem die sogenannten Ein-Euro-Jobs bei freien Trägern, mit denen Langzeitarbeitslose mit zum Teil gesundheitlichen und sozialen Problemen wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt werden konnten.



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Über die Probleme bei der Mittagessenbetreuung in KITas und Schulen wurde bereits öffentlich ausführlich berichtet. Die städtische Beschäftigungsgesellschaft NOA ist ebenfalls betroffen.

Antrag

Bündnis 90/Die Grünen beantragen einen Bericht, der die Auswirkungen der „Instrumentenreform“ auf die soziale Landschaft in Nürnberg aufzeigt. Wir bitten dabei auch um Stellungnahme des Job-Center Nürnberg, sowie der Wohlfahrtsverbände, die in der Kreisarbeitsgemeinschaft in Nürnberg vertreten sind.

Mit freundlichen Grüßen



Brigitte Wellhöfer
Fraktionsvorsitzende